



13.04.2022 PRESSEMITTEILUNG

# Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im April 2022 - neue Prognosen für die deutsche Konjunktur<sup>[1]</sup>

- russische Angriffskrieg in der Ukraine birgt substantielle Risiken für die deutsche Konjunktur. Die Auswirkungen lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nur schwer beziffern. Sie hängen stark von der Dauer und der Intensität des Kriegs ab.
- Seit Beginn der militärischen Invasion hat es extreme Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen gegeben. Auch Handelsströme und Lieferkettenbeziehungen werden beeinträchtigt. Die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung bleibt entsprechend hoch.
- Da die gängigen Konjunkturindikatoren mit einem zeitlichen Verzug von ein bis zwei Monaten veröffentlicht werden, ist der Krieg in der Ukraine in ihnen bislang kaum abgebildet. Zuletzt (also mit Berichtsmonat Februar) zeigten die Indikatoren eine uneinheitliche Industriekonjunktur, während die Entwicklung der Dienstleistungsbereiche weiterhin durch den Pandemieverlauf geprägt war.
- Sowohl in der Industrie als auch im Baugewerbe entwickelte sich die Produktion im Februar schwach (+0,1 % bzw. -0,7 %). Auch die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe gingen zurück (-2,2 %). Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine sind in diesen Daten allerdings noch kaum enthalten. Für die kommenden Monate fällt der Ausblick somit gedämpft aus.
- Die Umsätze im Einzelhandel sind im Februar trotz weiterhin geltender 2G-Regeln leicht gestiegen. Das Vorkrisenniveau vom Februar 2020 wurde zuletzt wieder spürbar überschritten. In den kommenden Monaten dürften die von den Energiepreisen getriebene Inflationsrate und die Verunsicherung durch die russische Intervention in der Ukraine den privaten Konsum belasten.
- Die Inflationsrate stieg von zuvor 5,1 % auf 7,3 % im März an. Die Preise für Energie, aber auch für Nahrungsmittel trugen maßgeblich zu dem spürbar verstärkten Auftrieb des Preisniveaus bei. Die Kernrate, bei der diese beiden volatilen Preiskomponenten herausgerechnet werden, legte indes weitaus schwächer zu.
- Am Arbeitsmarkt hielt die positive Entwicklung im März an. Der russische Angriff auf die Ukraine macht sich in den Daten bislang nicht bemerkbar. Im März ging die registrierte Arbeitslosigkeit saisonbereinigt erneut zurück und die Erwerbstätigkeit hat im Februar saisonbereinigt abermals merklich zugenommen. Die Kurzarbeit ging im Januar weiter leicht auf rd. 0,65 Mio. Personen zurück.
- Die Gemeinschaftsdiagnose und der Sachverständigenrat haben erste Einschätzungen zu den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in aktuellen Prognosen erarbeitet. Die weitere konjunkturelle Entwicklung ist gegenwärtig von sehr großer Unsicherheit über den weiteren Verlauf des Krieges geprägt.

**STAGNIERENDE INDUSTRIEKONJUNKTUR MIT UNKLAREN AUSSICHTEN**

**Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2022 steht seit Ende Februar ganz im Zeichen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine.** In den meisten Konjunkturindikatoren ist der Effekt des

Krieges noch nicht abzulesen, da diese mit einer Verzögerung von ein bis zwei Monaten veröffentlicht werden. Im aktuellen Berichtsmonat Februar ergab sich ein gemischtes Bild: Die Industrieproduktion bewegte sich lediglich seitwärts, die Auftragseingänge gingen spürbar zurück. Dafür konnte sich der Außenhandel nach einem schwachen Start ins erste Quartal wieder erholen. Auch die Einzelhandelsumsätze legten trotz anhaltender Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie leicht zu. Dennoch bleiben viele Fragen offen: Wie machen sich die gegenüber Russland erlassenen Sanktionen im Außenhandel bemerkbar? Welchen Effekt haben die hohen Energiepreise und mögliche neue Lieferengpässe auf die Produktion? Und wie gehen Konsumenten und Investoren mit der gestiegenen Unsicherheit um? Erste Antworten wird es im nächsten Monat geben, in dem erstmals harte Konjunkturindikatoren für den Berichtsmonat März vorgelegt werden.

Aktuell gibt es lediglich umfragebasierte Stimmungsindikatoren. So ist das ifo Geschäftsklima im März deutlich zurückgegangen. Dies war jedoch zuvorderst auf die stark rückläufigen Geschäftserwartungen zurückzuführen. Die aktuelle Lage beurteilten die Unternehmen kaum schlechter als im Vormonat. Demgegenüber zeigte der Einkaufsmanagerindex eine merklich geringere Reaktion auf den russischen Krieg im Monat März.

Ein Grund zur Sorge bleibt jedoch die Inflationsrate: Sie lag im März 2022 bei 7,3 %, maßgeblich getrieben durch eine explosive Zunahme der Energiepreise infolge des Kriegsausbruchs am 24. Februar 2022. Die weitere Preisniveauentwicklung lässt sich kaum verlässlich vorhersagen, weil weder die Dauer noch Ausgang des Krieges zurzeit absehbar sind. Da Deutschland große Teile seines Gasbedarfs aus Russland importiert, besteht hier ein hohes Risiko für die Preisniveauentwicklung für diesen Energieträger. Zwar haben sich die Gaspreise im März wieder rückläufig entwickelt, allerdings ausgehend von einem bereits sehr hohen Niveau im Vorfeld des russischen Angriffskriegs. Aktuell liegen sie immer noch mehr als vier Mal so hoch wie ihr langjähriger Durchschnitt. Deutschland wird im Jahr 2022 deutlich mehr für Energie zahlen müssen als in den Vorjahren.

#### WELTWIRTSCHAFT LEGT BIS ZULETZT WEITER ZU

**Aus der Weltwirtschaft kamen bis vor dem Kriegsausbruch in der Ukraine noch positive Signale.** So stieg die weltweite Industrieproduktion im Januar um 1,8 %. Der Welthandel stagnierte im gleichen Monat, nachdem allerdings substantielle Zuwächse in den drei Vormonaten zu beobachten waren. Auch der Stimmungsindikator von S&P Global (ehemals IHS Markit) konnte im Februar nochmal zulegen und lag mit 53,4 Punkten über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten.

#### DEUTSCHER AUSSENHANDEL: EXPANSION MIT UNSICHEREN AUSSICHTEN

**Im letzten Monat vor Kriegsausbruch hat der deutsche Außenhandel nochmal kräftig expandiert.** Die nominalen Waren-Ausfuhren sind im Februar saisonbereinigt um 6,4 % gegenüber dem Vormonat gestiegen. Nach einem schwachen Januar bleibt im Zweimonatsvergleich noch ein Plus von 0,8 % bestehen. Da die Ausfuhrpreise im Februar um 1,0 % stiegen, dürfte der reale Anstieg der Waren-Ausfuhren etwas geringer ausgefallen sein.

Parallel zur Entwicklung der Ausfuhren legten auch die nominalen Waren- Einfuhren im Februar deutlich zu. Saisonbereinigt kam es zu einem Anstieg um 4,5 %. Auch hier sorgt das kräftige Minus des Vormonats für einen nahezu kontanten Zweimonatsvergleich (+0,1 %). Bei erheblich gestiegenen Einfuhrpreisen dürfte die reale Entwicklung schwächer ausgefallen sein.

**Allerdings ist zu erwarten, dass diese positive Grunddynamik durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine einen deutlichen Dämpfer erhält.** Bereits im Februar sanken die deutschen Ex- und Importe nach bzw. aus Russland entgegen dem allgemeinen positiven Trend um -6,3 % und -7,3 %. Durch die erlassenen Sanktionen wird Russland mehr oder weniger vom weltweiten Handel abgekoppelt, wodurch neue Lieferengpässe und Knappheiten bei bestimmten Rohstoffen entstehen könnten. Insgesamt ist die Unsicherheit massiv gestiegen. Die ersten harten Daten, die den Effekt der Sanktionen auf die deutschen Ein- und Ausfuhren umfassen, werden erst Anfang Mai veröffentlicht. Am aktuellen Rand gibt es nur Stimmungsindikatoren. So sind die ifo Exporterwartungen im März um 19,3 Saldenpunkte eingebrochen. Zum Vergleich: Während des ersten Corona-Lockdowns im Frühjahr 2020 brachen die ifo Exporterwartungen innerhalb von zwei Monaten um rund 50 Saldenpunkte ein. Auch der S&P Global/BME Einkaufsmanagerindex gab im März deutlich nach und sank auf ein 18-Monats-Tief.

Der Krieg in der Ukraine geht für Deutschland vor allem mit stark steigenden Einfuhrpreisen einher. Im Gesamtjahr 2022 dürften sich die Terms of Trade (Verhältnis von Export- zu Importpreisen; „reales Austauschverhältnis“) daher deutlich verschlechtern, auch der Leistungsbilanzüberschuss dürfte

angesichts höherer Kosten für Energieimporte geringer ausfallen. Der Ausblick für den deutschen Außenhandel hat sich in der Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine merklich eingetrübt.

#### INDUSTRIEKONJUNKTUR KURZ VOR KRIEGSAUSBRUCH SEITWÄRTS GERICHTET

**Die Produktion im Produzierenden Gewerbe nahm im Februar im Vormonatsvergleich lediglich um 0,2 % zu.** Dabei kam es im Baugewerbe nach dem kräftigen Anstieg im Januar (+5,9 %) nun zu einem Rückgang um 0,7%. Dieser wurde vor allem durch einen kräftigen Anstieg der Energieproduktion kompensiert, die infolge des stürmischen Februars ein Plus von 4,9% verzeichnete. Die Industrieproduktion zeigte mit einer Zuwachsrate von 0,1% eine quasi-Stagnation. Der Ausstoß in den gewichtigen Bereichen Maschinenbau (-2,1 %) sowie Kfz & Kfz-Teile (-1,3 %) ging allerdings merklich zurück. Zuwächse in den Bereichen Pharmazeutische Erzeugnisse (+15,6 %) und elektrische Ausrüstungen (+1,4 %) wirkten dem allerdings entgegen.

**Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe gingen im Februar gegenüber dem Vormonat um 2,2 % zurück und beenden damit die seit Oktober vorherrschende Aufwärtsentwicklung.** Dabei ging vor allem die Nachfrage nach Investitions- (-2,8 %) und Vorleistungsgütern (-1,9 %) zurück, während die Bestellungen von Konsumgütern (+0,7 %) den insgesamt resultierenden Rückgang etwas abfedern konnten.

Das Minus entstammte vorwiegend aus dem Ausland und dabei in ähnlichem Maße aus Ländern der Eurozone (-3,3 %) und Ländern aus dem Nicht-Euroraum (-3,4%). Besonders hohe Rückgänge der Bestellungen verzeichneten die Bereiche Chemie (-4,9%), Metallerzeugnisse (-22,3%), Maschinenbau (-5,3%) und Kfz & Kfz-Teile Bereich (-3,4%). Insgesamt bewegt sich der Auftragsbestand aber immer noch auf sehr hohem Niveau. Zusammen mit der nahezu unveränderten Produktion deutet der Rückgang der Auftragseingänge eine Abkühlung der Industriekonjunktur an. Angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine dürfte diese in den kommenden Monaten noch gedämpfter verlaufen.

#### EINZELHANDELSUMSATZ LEICHT GESTIEGEN

Im Einzelhandel ohne Kfz sind die Umsätze im Februar gegenüber dem Vormonat trotz weiterhin geltender 2G-Regeln voraussichtlich um 0,3 % gestiegen, nachdem sie im Januar stagnierten (0,0 %). Sie waren im Dezember 2020 wegen verschärfter Regelungen um 2,3 % zurückgegangen. Der Dezemberwert wurde damit vom Statistischen Bundesamt kräftig aufwärtsrevidiert. Die Umsätze lagen damit zuletzt um 4,4 % über ihrem Niveau im Vorkrisenmonat Februar 2020. Bei den Neuzulassungen von Pkw durch private Halter kam es im März zu einem kräftigen Rückgang um 18,3 %, nachdem auch die Entwicklung in den beiden Vormonaten schwach war.

Während bislang vor allem der Pandemieverlauf die Entwicklung des privaten Verbrauchs belastet hat, treten nun die hohe Inflation und die Ungewissheit aufgrund des Russland-Ukraine-Kriegs in den Vordergrund. Die beiden gängigen Frühindikatoren zeigen, dass sich die Verunsicherung bei den privaten Verbraucher massiv verstärkt hat: So haben sich die ifo Geschäftserwartungen im Einzelhandel im März per saldo kräftig eingetrübt. Auch beim GfK Konsumklima wird für April eine erhebliche Beeinträchtigung prognostiziert.

Das Niveau der Verbraucherpreise hat sich im März gegenüber dem Vormonat kräftig um 2,5 % erhöht (Februar: +0,9 %). Die Inflationsrate, also die Preisniveauentwicklung gegenüber dem Vorjahr, erhöhte sich im März um 2,2 Prozentpunkte auf 7,3 %. Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere deutliche Steigerungen bei den Preisen für Energie (+39,5 %; zuvor +22,5 %) und auch bei Nahrungsmitteln (+6,2 %; zuvor +5,3 %). Die weitere Entwicklung des Russland-Ukraine-Kriegs wird die Energiepreise maßgeblich beeinflussen. So ist der Preis für Rohöl, einer der maßgeblichen Indikatoren, vor dem Hintergrund des russischen Einmarschs in die Ukraine zunächst auf fast 130 US-Dollar je Barrel geklettert, aktuell liegt dieser bei rund 100 US-Dollar je Barrel. Dies sind Höchststände, die seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08 nicht mehr beobachtet wurden. Eine rasche Entspannung ist aktuell nicht absehbar. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) lag im März bei 3,4 %.

#### POSITIVE TENDENZ AM ARBEITSMARKT HÄLT AUCH IM MÄRZ AN

**Am Arbeitsmarkt ist bislang unbeeindruckt vom russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Die Folgen des Kriegs dürften sich erst mit Zeitverzögerung zeigen.** Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gingen auch im März saisonbereinigt erneut um 18.000 bzw. 23.000 Personen zurück. In Ursprungswerten verringerte sich die registrierte Arbeitslosigkeit um 66.000 auf 2,36 Mio. Personen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren 465.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet. Auch bei Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung setzte sich der bisherige

positive Verlauf fort. Die Erwerbstätigkeit expandierte im Februar saisonbereinigt merklich um 34.000 Personen. In Ursprungswerten waren damit 45,1 Millionen Menschen erwerbstätig, 678.000 Personen mehr als im Vorjahresmonat. Im Januar erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung deutlich um 71.000 Personen gegenüber dem Vormonat. Die Kurzarbeit ging laut Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Januar erneut leicht zurück und lag bei rund 0,65 Millionen Personen. Beim wichtigen Indikator der Kurzarbeit- Anzeigen kam es im März zu einer deutlichen Untererfassung wegen der kurzfristigen Verlängerung der Kurzarbeits-Regelungen, dieser hat daher in diesem Monat praktisch keine Aussagekraft. Zu erwarten ist aber ein moderater Anstieg. Die Frühindikatoren von ifo und IAB lassen eine weiterhin robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt ohne einen nennenswerten Anstieg der Arbeitslosigkeit erwarten. Das ifo-Barometer signalisiert allerdings eine verminderte Einstellungsbereitschaft der Unternehmen und spiegelt damit einmal mehr die hohe Unsicherheit in der Wirtschaft seit Kriegsbeginn wider. Bei den Arbeitsagenturen fiel der Zugang an gemeldeten Stellen dementsprechend schwach aus, der Bestand an offenen Stellen liegt aber weiter auf einem Höchststand. Daher ist zu erwarten, dass sich die robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt zunächst fortsetzt, wenn auch mit etwas verminderter Dynamik.

#### AKTUELLE KONJUNKTURPROGNOSEN

**Die Gemeinschaftsdiagnose (DIW Berlin, ifo München, IfW Kiel, IWH Halle und RWI Essen) sowie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben vor kurzem ihre Frühjahrsprojektionen vorgelegt.**

Die Gemeinschaftsdiagnose erwartet in diesem Jahr einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 2,7 % und im kommenden Jahr um 3,1 %. Mit der nun abflauenden Pandemie wäre es für sich genommen zu einer kräftigen Konjunkturerholung gekommen. Diese Erholung wird nun aber durch den Ausbruch des Kriegs in der Ukraine zunächst gebremst. Das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung wird demnach erst im dritten Quartal des laufenden Jahres wieder erreicht. Die Verbraucherpreise legen im Jahr 2022 mit +6,1 % so kräftig zu wie seit vier Jahrzehnten nicht mehr. Im Jahr 2023 bleibt die Inflationsrate mit +2,8 % deutlich über der durchschnittlichen Rate seit der Wiedervereinigung. Ein großes Risiko für die Prognose geht vom weiteren Verlauf des militärischen Konflikts in der Ukraine und den politischen Konsequenzen aus. Aus diesem Grund haben die Wirtschaftsforschungsinstitute für das alternative Szenario eines sofortigen Embargos von Erdöl und Erdgas für die Lieferungen von Russland in die Europäische Union analysiert. In diesem Fall gerät die deutsche Wirtschaft in eine schwere Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt gingen in diesem Jahr nur noch um 1,9 % wachsen und im kommenden Jahr um 2,2 % zurück. Die Inflationsrate würde mit +7,3 % im Jahr 2022 und +6,5 % ihre hohen Werte aus dem Basisszenario nochmals deutlich übersteigen.

Auch der Sachverständigenrat hat seine Wachstumsprognose für das Jahr 2022 deutlich auf +1,8 % nach unten korrigiert, während er im Herbst noch von einem deutlichen Zuwachs von 4,6 % ausgegangen war. Als Gründe nennt er das Pandemiegeschehen, die stark gestiegenen Preise für Rohstoffe und Energie sowie den Ausbruch des Kriegs in der Ukraine. Die Inflationsrate wird nach Einschätzung des Rates im Jahr 2022 bei +6,1 % liegen (Jahresgutachten 2021: 2,6 %) und im nächsten Jahr wieder auf +3,4 % zurückgehen. Neben den stark gestiegenen Energiepreisen verweist der Rat hier auch auf einen gewissen Lohndruck und steigende Nahrungsmittelpreise. Die Notierungen an den Terminmärkten für Öl und Gas (Futures) deuteten jedoch darauf hin, dass sich der Preisdruck bei Energie im Jahresverlauf abschwächen wird.

Die neuen Prognosen der Gemeinschaftsdiagnose und des Sachverständigenrates sind erste Einschätzungen, die die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in aktuellen Prognosen verarbeiten. Die konjunkturelle Entwicklung ist gegenwärtig von sehr großer Unsicherheit über den weiteren Verlauf des Krieges geprägt. Die Bundesregierung wird ihre Frühjahrsprojektion am 27. April 2022 veröffentlichen.

---

[1] In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 12. April 2022 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

## **Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Lage**

Stand: April 2022

PDF: 256 KB

---

### **Herausgeber**

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Öffentlichkeitsarbeit

11019 Berlin

Internet: [www.bmwk.de](http://www.bmwk.de)

E-Mail: [info@bmwk.bund.de](mailto:info@bmwk.bund.de)

Telefon: +49 30 186150

---

Über den folgenden Link können Sie den Newsletter wieder abmelden. [Newsletter abbestellen](#)